

BESCHLUSSBUCH

Unterbezirksparteitag
SPD Essen

25. Juni 2015



Beschlussübersicht

Antrag		Antragsteller	Votum des Parteitages
A1	Aufhebung der Gebührenerhebung für politische und ehrenamtliche Informationsstände	SPD Holsterhausen	Annahme in geänderter Form
A2	Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge in Essen	SPD Holsterhausen	Annahme
A3	Inklusion an Grundschulen	Arbeitsgemeinschaft für Bildung	Annahme
A4	Sportverein „VFL Sportfreunde 07 Essen e. V.“ vorrangig mit einem Kunst-rasenplatz ausstatten	SPD Rüttenscheid	Überweisung an Ratsfraktion
A5	Parken auf dem Karnaper Markt	SPD Karnap	Überweisung an Ratsfraktion
A6	Eine moderne Familienpolitik (weiter)gestalten!	Jusos	Annahme
A7	WLAN für alle	Jusos	Annahme in geänderter Form
A8	Resolution: Solidarität mit Geflüchteten - für ein offenes und vielfältiges Ruhrgebiet	Jusos	Annahme

Antrag A1

Antragsteller: SPD Holsterhausen

Antrag: Aufhebung der Gebührenerhebung für politische und ehrenamtliche Informationsstände

- 1 Die SPD-Ratsfraktion wird aufgefordert, folgenden Antrag in den Rat
- 2 einzubringen:
- 3 Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, die Erhebung von Gebühren auf
- 4 Informationsständen für gemeinnützige und ehrenamtliche Organisatio-
- 5 nen, sowie für die zur politischen Willensbildung angehaltenen Orga-
- 6 nisationen abzustellen

Antrag A2

Antragsteller: SPD Holsterhausen

Antrag: Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge in Essen

1 Die Ratsfraktion der Essener SPD wird aufgefordert folgende Resolu-
2 tion in den Rat einzubringen:

3 Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

4 seit 2013 verhandelt die EU-Kommission mit den USA über ein transat-
5 lantisches Freihandels- und Investitionsabkommen „Transatlantic Tra-
6 de and Investment Partnership“ (TTIP). Ein weiteres Freihandelsab-
7 kommen zwischen der EU und Kanada - Comprehensive Economic and Trade
8 Agreement (CETA) - wurde zwischen 2009 und 2014 verhandelt und muss
9 durch das EU-Parlament und den Europäischen Rat sowie durch die EU-
10 Mitgliedsstaaten ratifiziert werden.

11 Außerdem wird derzeit ein Abkommen über den Handel mit Dienstleis-
12 tungen (Trade in Services Agreement, TiSA) verhandelt. Hierunter
13 fallen zahlreiche Vereinbarungen zwischen 23 Parteien, inkl. den USA
14 und der Europäischen Union, die das Ziel haben, Handelshemmnisse im
15 Dienstleistungssektor zu beseitigen.

16 Diese Verhandlungen werden ohne die notwendige Transparenz über In-
17 halte und Verhandlungsmandate gegenüber den Parlamenten und der de-
18 mokratischen Öffentlichkeit geführt. Die Geheimhaltung der Verhand-
19 lungsdokumente widerspricht demokratischen Prinzipien.

20 Vor diesem Hintergrund beschließt der Rat der Stadt Essen:

21 Die in Verhandlung befindlichen Freihandelsabkommen bergen erhebli-
22 che Risiken für Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, die durch die
23 Kommunen und ihre Unternehmen verantwortet und erbracht werden. Be-
24 einträchtigungen dieser für die Bürgerinnen und Bürger wichtigen
25 Dienstleistungen müssen ausgeschlossen werden. Ob Krankenhäuser,
26 Sparkassen oder die Vergabe öffentlicher Aufträge bei der Müllent-
27 sorgung, dem ÖPNV, ob Trinkwasserversorgung, Gas- und Fernwärmenetz,
28 Krankenhäuser, Museen, Theater und anderweitige Kultureinrichtungen,
29 ob Verkehr und Straßenbau bis hin zu regionalen Lebensmitteln: Es
30 ist zu befürchten, dass CETA, TTIP und TISA die demokratische Hand-
31 lungsautonomie von Kommunen deutlich einschränken und weitreichende
32 negative Folgen für die Unabhängigkeit der Justiz und für europäi-
33 sche Standards im Sozialbereich und bei Gesundheits-, Verbraucher-
34 und Datenschutz, Umwelt- und Lebensmittelstandards haben würde.

35 Der Rat der Stadt Essen begrüßt die von vielen Essener Bürger/innen
36 unterstützte Bürgereingabe zu den Freihandelsabkommen, die darin ih-
37 re große Sorge zum Ausdruck bringen, dass „diese Verträge einen mas-
38 siven Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung“ darstellen und da-
39 her abzulehnen sind, wenn sie „die Gestaltungsmöglichkeiten von
40 Städten und Gemeinden und ihrer Bürger und Bürgerinnen nachhaltig
41 einschränken.“ Der Rat folgt ihrem Anliegen, die Gewährleistung und
42 Sicherung von sozialen, ökologischen und demokratische Standards,
43 kommunale Organisationsfreiheit und Daseinsvorsorge gegenüber Parla-
44 menten und Regierungen einzufordern.

45 Der Rat der Stadt Essen fordert die Landes- und Bundesregierung so-
46 wie die Abgeordneten der Landtage, des Bundestags und des Europäi-
47 schen Parlaments auf, die Ratifizierung von CETA und jedes weitere

48 Abkommen, das die in dieser Erklärung dargelegten Maßgaben nicht er-
49 füllt, abzulehnen, sowie den Stopp von Verhandlungen zu den Abkommen
50 TTIP und TiSA zu veranlassen, solange die folgenden essentiellen Be-
51 dingungen nicht erfüllt werden.

52 • Insbesondere CETA greift mit Regelungen in die kommunale Da-
53 seinsvorsorge ein, u.a. mit einer Negativlisten, die alle Be-
54 reiche listet, die von Marktzugangsbeschränkungen ausgenommen
55 werden. Dies wäre von erheblichem Nachteil für die Kommunen, da
56 auch die Daseinsvorsorge einem ständigen Wandel unterliegt.
57 Stattdessen muss die kommunale Organisationsfreiheit von den
58 Marktzugangsverpflichtungen in allen Freihandelsabkommen ausge-
59 schlossen werden.

60 • Die Abkommen enthalten Standstill- und Ratchetklauseln (Sperr-
61 klinke). Die Standstill-Klausel legt fest, dass nach Einigung
62 auf einen Status der Liberalisierung dieser nie wieder aufgehoben
63 werden darf. Die „Sperrklinkenklausel“ regelt, dass zukünftige
64 Liberalisierungen eines Sektors automatisch zu neuen Ver-
65 pflichtungen werden. Solche Klauseln sind strikt abzulehnen. Es
66 muss zudem sichergestellt werden, dass Rekommunalisierungen je-
67 derzeit und uneingeschränkt möglich bleiben. Der öffentliche
68 Dienstleistungssektor und die demokratisch legitimierte kommu-
69 nale Selbstverwaltung dürfen keinesfalls zugunsten partieller
70 wirtschaftlicher Interessen und damit zu Lasten der Daseinsvor-
71 sorge in Deutschland beeinträchtigt werden.

72 • Die Handelsabkommen bestimmen, welche Dienstleistungen von Kom-
73 munen erbracht werden dürfen und welche dem Wettbewerb unter-
74 liegen müssen. Dies kann nahezu alle bisher öffentlichen
75 Dienstleistungen umfassen und die Bevorzugung regional tätiger
76 Anbieter bei öffentlichen Aufträgen ausschließen, da von einem
77 bestimmten Schwellenwert an Aufträge nicht nur EU-weit sondern
78 auch im Land des Vertragspartners ausgeschrieben werden müssen.
79 Der politische Gestaltungswille darf in Hinsicht auf das öf-
80 fentliche Beschaffungswesens nicht stärker eingeschränkt wer-
81 den, als es nationale Regelungen und das europäische Vergabe-
82 und Konzessionsrecht bereits heute vorsehen.

83 • Die TTIP-Investitionsschutzregelungen werden voraussichtlich
84 dazu führen, dass die Entscheidungsfreiheit der Kommunen einge-
85 schränkt wird, weil sie Schadensersatzansprüche von Investoren
86 befürchten müssen. Bei TTIP und CETA sollen internationale Kon-
87 zerne ein Sonderklagerecht gegen beschlossene Gesetze und kom-
88 munalen Beschlüssen erhalten, die vor privaten Schiedsgerichten
89 verhandelt werden. Dies hebt rechtsstaatliche Verfahren in
90 Europa aus. Auf spezielle Investorenschutzregelungen und
91 Schiedsgerichte muss daher gänzlich verzichtet werden. Statt-
92 dessen soll auch auf Investoren aus Drittstaaten ausschließlich
93 der demokratisch legitimierte Rechtsschutz nationaler und EUGe-
94 richte gelten.

95 • Der Abbau von Handelshemmnissen soll nicht zu Lasten von euro-
96 päischen Sozial-, Gesundheits-, Verbraucher- und Datenschutz,
97 Umwelt- und Lebensmittelstandards erfolgen. Dies betrifft nahe-
98 zu alle Lebensbereiche vom Erhalt regionaler Kennzeichnungen
99 über Einsatz von Gentechnik bis hin zu Arbeitsrecht und -
100 schutz. Das europäische Vorsorgeprinzip als grundsätzliches
101 Prinzip im Verbraucher-, Umwelt- und Gesundheitsschutz soll un-
102 eingeschränkt erhalten bleiben.

- 103 • Die Transparenz und Beteiligung soll verbessert werden, u. a.
104 indem Vertreter/innen der kommunalen Ebene neben dem TTIP-
105 Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums unmittelbar in die Be-
106 ratergruppen der EU-Kommission integriert werden.

Antrag A3

Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft für Bildung

Antrag: Inklusion an Grundschulen

- 1 Die SPD beantragt, den Inklusionsbedarf an Grundschulen je Stadtbe-
- 2 zirk feststellen zu lassen mit dem Ziel, auf Grundlage des ermittel-
- 3 ten, tatsächlichen Bedarfs nur so viele Grundschulen als Inklusions-
- 4 schulen in jedem Stadtbezirk auszuweisen, wie es aufgrund der Be-
- 5 darfsermittlung erforderlich scheint.
- 6 Die dann vorhandene Anzahl an inklusiv beschulenden Grundschulen je
- 7 Bezirk soll dann mit den notwendigen personellen, sachlichen und
- 8 räumlichen Ressourcen ausgestattet werden.

Antrag A6

Antragsteller: Jusos

Antrag: Eine moderne Familienpolitik (weiter)gestalten!

1 Der 23. Mai 2015 war in Irland ein historisches Datum. Per Volksent-
2 scheid haben die Ir*innen für die Ehe zwischen gleichgeschlechtli-
3 chen Lebenspartner*innen gestimmt und dieser verfassungsrechtlichen
4 Rang gegeben. Die Diskussionen in der Bundesrepublik sind bei weitem
5 nicht so weit wie in Irland.

6 Familienbilder und Geschlechterrollen haben sich in den letzten
7 Jahr-zehnten verändert. Als SPD Essen werden wir uns dafür einset-
8 zen, dass jeder Deckel auf einen Topf passen darf und keine gesell-
9 schaftlichen sowie staatlichen Nachteile erfahren wird.

10

11 Lebenspartner*innenschaft auch für Heteros ermöglichen

12

13 Viele Menschen wollen nicht heiraten. Wenn jedoch die Familienpla-
14 nung Gestalt annimmt, sehen sich auch viele heterosexuelle Paare der
15 Tradition verpflichtet, eine festere Bindung einzugehen, auch um für
16 den Fall der Fälle die Verantwortung für das Kind oder die Kinder
17 geklärt zu haben.

18 Wir wollen Menschen außerhalb der Ehe die Möglichkeit geben, fürei-
19 nander einzustehen und sich umeinander zu kümmern.

20 Moderne Familienpolitik bedeutet, die Individualität der Lebensent-
21 würfe der Menschen zu unterstützen und Formen zu schaffen, in denen
22 Menschen, die Verantwortung füreinander übernehmen wollen, dies auch
23 tun können. Denn momentan gibt es keine echte Alternative zur Ehe.

24 Menschen, aber überwiegend Frauen, die Karriere und Kind vereinbaren
25 wollen, bleiben bisher auf der Strecke, genauso wie Menschen, die in
26 einer Beziehung, aber eben keiner Ehe leben wollen und dadurch steu-
27 erlich als Paare zweiter Klasse gelten.

28 Wir fordern daher neben der Öffnung der Ehe für homosexuelle Paare
29 auch die Öffnung der Lebenspartner*innenschaft für gemischtge-
30 schlechtliche Paare. So wollen wir wirkliche Wahlfreiheit unabhängig
31 von gesellschaftlichen Wertekonstruktionen und religiösen Institutio-
32 nen schaffen. Wir stehen für eine progressive Familienpolitik, die
33 sich an den Bedürfnissen und Lebensrealitäten der Menschen im 21.
34 Jahrhundert orientiert.

35

36 Kinderwünsche ermöglichen

37

38 "Kinder brauchen Mutter und Vater" - das ist häufig eine Antwort auf
39 die Frage, ob homosexuelle Paare Kinder adoptieren sollen dürfen.
40 Eine Tatsache ist jedoch, dass bereits jetzt viele Kinder aus den
41 verschiedensten Gründen nicht mit beiden Elternteilen aufwachsen.

42 Hier gilt für Heterosexuelle wie auch Homosexuelle, dass nicht die
43 (hetero)sexuelle Orientierung aus Menschen gute Eltern macht, son-
44 dern allein die Liebe zum und die Fürsorge fürs Kind!

45 Deshalb fordern wir, das volle Adoptionsrecht für gleichgeschlecht-
46 liche Paare einzuführen. Gleichzeitig muss auch das Elterngeld auf
47 homosexuelle Paare ausgeweitet werden.

48 Auch vielen gemischtgeschlechtlichen Paaren bleibt es bisher ver-
49 wehrt, ein Kind zu bekommen. Wir wollen daher die Ausweitung der fi-
50 nanziellen Förderung der Reproduktionsmedizin für alle Paare.

51

52 Familienvertrag ermöglichen

53

54 Wenn erwachsene Menschen sich darauf verständigen, dass sie eine Be-
55 ziehung mit mehr als zwei Personen führen, dann ist das ihr Recht.
56 Auch hier gilt unser Grundsatz, dass wir Menschen dabei unterstützen
57 wollen, füreinander einzustehen, wenn sie es wollen.

58 Das können die besten Freund*innen sein oder auch eine ältere Dame
59 und eine junge Frau, die sich gegenseitig unterstützen. Wir können
60 und wollen nicht definieren, was Familie ist.

61 Daher wollen wir Konzepte entwickeln, die es auch all diesen Men-
62 schen ermöglichen, im Alltag wie im Ernstfall, füreinander Verant-
63 wortung zu übernehmen und Familien zu sein. Eine Möglichkeit könnte
64 eine Art Familienvertrag sein, in dem die gegenseitigen Pflichten
65 niedergeschrieben sind. Innerhalb unseres Verbandes möchten wir uns
66 über Möglichkeiten der Förderung verschiedener Familienformen aus-
67 tauschen und damit Antworten auf die Lebensrealitäten vieler Men-
68 schen geben.

69 Menschen sind individuell. Daher müssen sie unterstützt werden, ihre
70 individuellen Lebensentwürfe zu verwirklichen.

71 Als Sozialdemokrat*innen stehen wir an der Seite aller, die sich von
72 gesellschaftlichen Konventionen lösen wollen und fordern eine moder-
73 ne und gerechte Familienpolitik für alle Menschen.

Antrag A7

Antragsteller: Jusos

Antrag: WLAN für alle

- 1 Die Unterbezirks- und Fraktionsgeschäftsstelle wird beauftragt zu
- 2 prüfen, ob ein für die Nutzer*innen kostenloses und offenes WLAN
- 3 Netz in der Nähe der Severinstraße 44 ermöglicht werden kann. Dabei
- 4 soll überprüft werden, inwieweit die bekannten Initiativen, wie
- 5 Freifunk, genutzt werden können

Antrag A8

Antragsteller: Jusos

Antrag: Resolution: Solidarität mit Geflüchteten - für ein offenes und vielfältiges Ruhrgebiet

1 Mit großem Entsetzen erfuhren wir Anfang Mai von einem von mehreren
2 OberbürgermeisterInnen des Ruhrgebiets unterzeichneten Brief an Han-
3 nelore Kraft, in dem ihre Asyl- und Abschiebungspolitik massiv kri-
4 tisiert wurde. Kern des Schreibens war die Forderung nach schneller
5 Abschiebung, weil die Einzelfallprüfungen „kontraproduktiv“ seien.

6 Wenngleich uns die finanzielle Not der Stadt Essen und auch der an-
7 deren Ruhrgebietskommunen und -kreise bewusst ist und an sehr vielen
8 Ecken die Unterstützung von Bund und Land fehlt, widerspricht dieser
9 „Brandbrief“ in seiner Intention und seinem Wortlaut unseren sozial-
10 demokratischen Werten. Deshalb sind wir Hannelore Kraft sehr dank-
11 bar, dass sie diesem Schreiben eine klare Absage erteilt hat.

12 Die Forderung an die Ministerpräsidentin, die Einzelfallprüfung auf-
13 zugeben, würde dazu führen, dass Familien, die über Monate hinweg
14 auf der Flucht in größter Not überlebt haben, auseinandergerissen
15 und Kinder oder ältere, gar kranke Menschen, in ungewisse Lebensum-
16 stände abgeschoben werden. Solche Forderungen können nur Wasser auf
17 die Mühlen der Feinde unserer solidarischen Gesellschaft sein, die
18 mit barbarischsten Methoden gegen die Aufnahme von Geflüchteten vor-
19 gehen und vorgehen würden.

20 2014 bestätigte der Bundesrat endgültig die bereits durch den Bun-
21 destag beschlossene Vorlage des Bundesinnenministeriums, die Balkan-
22 staaten zu sicheren Drittstaaten zu erklären, sodass grundsätzlich
23 eigentlich kein Asylantrag in Deutschland für Geflüchtete aus diesen
24 Regionen möglich ist. Schon damals sprach Genosse Torsten Albig, Mi-
25 nisterpräsident in Schleswig-Holstein, von einer „sozialen Kälte“ -
26 und genau diese soziale Kälte versprüht in unseren Augen dieses
27 Schreiben. Die Einzelfallprüfung kann zum Beispiel Roma, die Verfol-
28 gungen in ihren Herkunftsländern ausgesetzt sind, vor einer Abschie-
29 bung bewahren. Also besteht dieser Erlass nicht ohne Grund, denn ein
30 „sicheres Herkunftsland“ ist im Endeffekt nicht immer für alle Ge-
31 flüchteten ein wirklich sicheres Herkunftsland. Für nicht wenige Ge-
32 flüchtete bedeutet die Abschiebung die endgültige Hilflosigkeit,
33 denn sie haben oft alles geopfert, um vor Krieg, Verfolgung und
34 Elend zu fliehen.

35 Kein Verständnis haben wir als SozialdemokratInnen auch für die of-
36 fensichtliche Unterscheidung zwischen „guten“ und „schlechten“ Ge-
37 flüchteten. Wer vorher die Willkommenskultur unserer Region beju-
38 belt, sollte den Absatz besser nicht mit „[...] gilt insbesondere
39 für Flüchtlinge aus den Kriegs- und Krisengebieten dieser Welt, die
40 um ihr Leben fürchtend zu uns kommen.“ abschließen. Es steht uns in
41 keinsten Weise zu, die Geflüchteten anhand ihrer Herkunftsländer,
42 geschweige denn ihrer Fluchtgründe zu bewerten. Im Anbetracht der
43 Tatsache, dass allein im ersten Quartal 2015 schätzungsweise 1750
44 Flüchtlinge im Mittelmeer ertrunken sind, ist diese Aussage ohnehin
45 geradezu zynisch.

46 (Ober-)BürgermeisterInnen und Landräte mit sozialdemokratischem Par-
47 teibuch sollten sich besser auf unsere mehr als 150 Jahre alten
48 Grundwerte von „Freiheit, Gleichheit, Solidarität“ besinnen, statt
49 die wirklich bemühte Politik der Landesregierung in Bezug auf Flucht
50 und Migration reaktionär zu verunglimpfen.

51 Say it loud, say it clear, refugees are welcome here!